

„Seilbahn im Ruhegebiet mit Alpenkonvention unvereinbar“,

Mit Brückenschlag auf

„Den größten Anschlag auf Tirols Ruhegebiete seit Bestehen“ orten die Hüter der Alpenkonvention in Innsbruck im Brückenschlag über die Kalkkögel. Die Frage, ob das Projekt mit den Protokollen der Alpenkonvention vereinbar ist, wird klar verneint: „Es gilt ein Verschlechterungsverbot. Das müsste allen klar sein.“

Foto: Christof Birbaumer



Liebl, Tschon, Haßbacher (von links) von „Cipra Österreich“.

Seit einiger Zeit geistert die These durch den Raum, dass die Verträge der Alpenkonvention zum Schutz der Natur dem Projekt Brückenschlag eigentlich nicht entgegenstehen, da ja „keine neuen Pisten, keine Lawinnenverbauungen und keine Zufahrtswege gebaut werden

VON PHILIPP NEUNER

müssten“, betonen die Befürworter: Es werde ja kein einziger Baum gefällt.

„Die Vereinbarkeit ist ganz klar nicht gegeben“, erklärten gestern Peter Haßbacher, Gerhard Liebl und Walter Tschon als Vertreter der Internationalen Alpenschutzkommission „Cipra Österreich“ und der Rechtsservicestelle Alpenkonvention mit Sitz in Innsbruck.

„In Ruhegebieten kommt es nicht auf das Ausmaß der Beeinträchtigung an, wie von den Befürwortern suggeriert, sondern es gilt ein Verschlechterungsverbot.

Und der Bau einer Seilbahn ist eine Verschlechterung“, stellte Liebl fest, der von 1988 bis 2005 maßgeblich als Landesbediensteter an der Erstellung der Protokolle beteiligt war. Diese seien „unmittelbar“ in Österreich

sagen Projektgegner:

Kriegsfuß

anzuwenden, d. h. sie gelten auch für den Gesetzgeber. „Ein Verstoß dagegen ist Amtsmissbrauch bzw. Bruch eines Staatsvertrages.“ Walter Tschon, gleichzeitig stv. Umweltanwalt, geht nicht davon aus, dass es so weit kommen wird. Er kritisiert die kürzlich vom Landtag beschlossene Prüfung des Projektes durch den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes: „Was soll da bitteschön herauskommen? Die Sache ist seit einem Urteil des Verfassungsgerichtshofes 2003 zur Muttereralmbahn völlig klar.“

Steuergeld verschwendet

Er fordert ein Ende der Diskussion, „die in den Gemeinden das Klima verschlechtert, Unmengen an Steuergeld kostet und von anderen, wichtigeren Themen ablenkt“.

Insgesamt ortet Peter Haßbacher durch den Antrag z. B. von Vorwärts Tirol, Schutzgebietsgrenzen zu überprüfen, „den größten Anschlag seit dem Entstehen der Ruhegebiete 1975.“

tiroler@kronenzeitung.at



Eine Seilbahn über die Kalkkögel wäre ein Bruch von völkerrechtlichen Verträgen, so die Gegner.

Foto: Claudia Thurner